

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Antrag der Kommission

Das Postulat 92.3413 nicht abschreiben

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Proposition de la commission

Ne pas classer le postulat 92.3413

Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Wir hätten noch ein Postulat Petitpierre, «Schicksal der von der Eidgenossenschaft in Auftrag gegebenen (wissenschaftlichen) Arbeiten», das die Kommission nicht abschreiben lassen will. Ich habe mich bei der Frau Bundesrätin erkundigt. Sie ist bereit, den Vorstoss als ein «Postulat vivant», wie es vorhin bezeichnet worden ist, aufrechtzuerhalten. Die Anliegen von Herrn Petitpierre sind noch nicht ganz erfüllt, und ich glaube, es ist berechtigt, wenn wir das Postulat noch in der Geschäftsliste lassen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

An den Nationalrat – Au Conseil national

95.3023

Postulat Onken**Berufsmaturität und Hochschulreife****Maturité professionnelle et accès à l'université***Wortlaut des Postulates vom 26. Januar 1995*

Der Bundesrat wird ersucht, in die eidgenössische Maturitätsverordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die es den Inhaberinnen und Inhabern einer eidgenössisch anerkannten Berufsmaturität ermöglicht, ihren Abschluss unter entgegenkommenden Bedingungen zu einer allgemeinen Hochschulreife zu ergänzen.

Texte du postulat du 26 janvier 1995

Le Conseil fédéral est prié d'ajouter à l'ordonnance sur la reconnaissance de certificats de maturité gymnasial une disposition qui permette aux détenteurs d'une maturité professionnelle reconnue par la Confédération d'obtenir à des conditions préférentielles un titre équivalent à un certificat de maturité.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Beerli, Bloetzer, Meier Josi, Petitpierre, Piller, Plattner, Salvioni, Schiesser (8)

Onken Thomas (S, TG): Wer die Entwicklung der Berufsbildung aufmerksam verfolgt, den muss sie mit einer gewissen Sorge erfüllen. Wir haben einen krassen Rückgang an Lehrverträgen, die Jugend drängt immer stärker in die gymnasialen Ausbildungen, es gibt bedauerlicherweise Unternehmen, die sich aus der Berufsbildung zurückziehen, und es gibt ernstzunehmende Stimmen, die davon sprechen, dass gar das duale System unserer Berufsbildung gefährdet sein könnte. Es fehlt also nicht an alarmierten und warnenden Stimmen, auch nicht an parlamentarischen Vorstössen – sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat –, die den Bundes-

rat auffordern, sich dieses Bereiches mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit anzunehmen und die entsprechenden Reformen und Verbesserungen vorzuschlagen. Der Bundesrat, das weiss ich, arbeitet bereits an einem Bericht zur Lage der Berufsbildung, der uns wahrscheinlich in absehbarer Zeit unterbreitet werden wird.

Mit der Schaffung der Berufsmaturität und jetzt auch mit dem neuen Fachhochschulkonzept haben wir immerhin zwei Neuerungen in die Welt der Berufsbildung eingebracht, die von grosser Bedeutung und sehr wertvoll sind, allein aber noch nicht genügen, um den Aderlass zu stoppen. Die Akzeptanz der neuen Berufsmaturität ist «durchgezogen», die Zahlen des Zuspruchs sind teilweise sogar sehr enttäuschend. Die Belastung, die die Lehrlinge, welche diesen Weg wählen, auf sich zu nehmen haben, ist enorm. Sie besuchen die Berufsschule an zwei Tagen zu neun Unterrichtsstunden, was eine beträchtliche Forderung – um nicht zu sagen: Überforderung – ist. Auch die Perspektiven, die sich mit der Berufsmaturität eröffnen, sind teilweise nicht derart verlockend, als dass dieser Weg wirklich attraktiv und dazu angetan wäre, die Jungen von der gymnasialen Ausbildung abzubringen. Im wesentlichen lockt ja eigentlich nur der Zugang zu den Fachhochschulen; viele andere, zusätzliche Möglichkeiten eröffnen sich nicht. Insbesondere bleibt der Wechsel von den Fachhochschulen an die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und an die kantonalen Universitäten unklar; er ist nicht verbindlich geregelt, und die Durchlässigkeit besteht nach wie vor nicht.

Hier gibt es also eine Lücke, die meines Erachtens geschlossen werden sollte. Wir müssen den Berufsmaturandinnen und -maturanden zusätzliche Perspektiven eröffnen. Dazu möchte dieses Postulat einen kleinen Anstoss geben. Es lädt den Bundesrat ein, in der eidgenössischen Maturitätsverordnung eine Ergänzung einzubringen, die es erlaubt, dass eine Berufsmaturandin oder ein Berufsmaturand unter entgegenkommenden Bedingungen den bisherigen Abschluss ergänzen kann, um eine allgemeine Hochschulreife zu erlangen. Das soll kein Hürdenlauf mit grossen Erschwernissen sein, sondern es soll unter entgegenkommenden Bedingungen geschehen, bei denen man dem Wissen, das sich dieser junge Mensch angeeignet hat, aber auch seine beruflichen Erfahrungen gebührend Rechnung trägt.

Ich räume ein, dass es dabei im ganzen Problemfeld der Berufsbildung sicher nur um einen kleinen Mosaikstein geht, aber es ist doch auch eine Chance, die wir hier eröffnen, und letztlich ein Beitrag zur Aufwertung der Berufsmaturität.

In diesem Sinne möchte ich den Bundesrat einladen, tätig zu werden und eine solche Ergänzung wohlbedacht in der entsprechenden Verordnung vorzunehmen.

Auch wenn es «nur» ein Postulat ist, bitte ich Frau Bundesrätin Dreifuss doch, dieses Postulat als ein – wie Herr Bundesrat Delamuraz zu sagen pflegt – «postulat vivant, postulat actif» zu betrachten und nicht als eines, das auf weite Zeit hinaus schubladisiert wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Postulates.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Non seulement le Conseil fédéral est tout disposé à accepter ce postulat, mais aussi à lui donner une impulsion, parce que vous avez mis le doigt sur un problème tout à fait reconnu par le Conseil fédéral.

Nous devons – je l'ai dit d'ailleurs tout à l'heure – créer une politique cohérente entre les voies de formation professionnelle et les voies de formation gymnasiale et académique, mais aussi créer des passerelles dans les deux sens qui permettent aux personnes, lorsque leur choix sont faits, lorsque leur volonté de changer de direction est affermie, de pouvoir le faire le plus facilement possible. Je reconnais avec vous que la maturité professionnelle est une voie difficile, tout sauf royale, qui demande énormément à ceux qui l'empruntent. Si l'on peut leur faciliter, par exemple, l'accès aux études gymnasiales et à la maturité gymnasiale, cela peut leur permettre aussi d'accéder à la formation académique qu'ils visent en ayant commencé justement ce chemin plein de difficultés et d'exigences qui est celui de la maturité professionnelle.

Depuis que le Conseil fédéral en a débattu et a décidé d'accepter ce postulat, l'ordonnance sur la reconnaissance de certificats de maturité gymnasiale a été acceptée. Dans cette ordonnance, nous avons adopté une formulation qui est suffisamment souple pour permettre des solutions appropriées dans les différents cas. C'est bien une ouverture dans le sens de celle que vous souhaitez que nous voulions laisser dans l'ordonnance. Il reste maintenant à discuter avec la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique pour savoir comment donner vie et réalité à cette possibilité. Nous ne pensons pas que c'est forcément en ajoutant une nouvelle disposition à cette ordonnance que nous devons avancer, mais qu'il s'agit dans la pratique, puisque l'ouverture existe, d'offrir la possibilité aux détenteurs d'une maturité professionnelle ou du diplôme d'une école cantonale d'obtenir une maturité gymnasiale; le même problème se pose pour les détenteurs du diplôme d'une école de commerce qui veulent obtenir la maturité gymnasiale. Nous avons toute une série de passerelles à organiser vers cette maturité gymnasiale. Mais j'insiste là-dessus, il faut aussi que nous puissions avoir les passerelles inverses pour permettre à des collégiens ou à des maturants de choisir la filière de la formation professionnelle qui mène ensuite à une haute école spécialisée.

Nous espérons pouvoir vous présenter d'ici le printemps prochain des propositions plus concrètes qui résulteraient des discussions que nous menons actuellement avec la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique.

Schmid Carlo (C, AI): Ich möchte das Postulat an sich nicht bekämpfen, denn die Ideen des Postulates sind zweifellos richtig.

Nach der Antwort von Frau Bundesrätin Dreifuss frage ich mich aber, ob es nicht richtig wäre, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Es entstand in einer Situation, in der Herr Onken noch nicht wusste, dass diese Regel in der neuen Maturitäts-Anerkennungsverordnung (MAV) enthalten sein würde. Wenn Herr Onken nicht über das hinausgehen will, was die MAV jetzt bereits enthält, könnte man das Postulat auf alle Fälle abschreiben.

Ich bin der Auffassung, dass ich Frau Bundesrätin Dreifuss für die spontane Bereitschaft danken muss, diese Frage zusammen mit der Erziehungsdirektorenkonferenz zu behandeln. Hier sind wir darauf angewiesen, zusammenzuarbeiten. Wir haben neu eine «Fachhochschulgeschichte», und wir müssen definieren, welches die «Zugangsstrassen» zu diesen verschiedenen Tertiärausbildungen sind. Hier einfach im Alleingang seitens des Bundes den Kantonen, die doch auch noch eine bestimmte Kompetenz haben, Vorschriften zu machen, wäre kaum angängig. Es ist sinnvoll, die Definition, die Ausführung dessen, was in der MAV steht, gemeinsam zwischen Bund und Kantonen zu regeln. Dafür bedarf es keiner zusätzlichen Revision der MAV.

Onken Thomas (S, TG): Persönlich möchte ich das Postulat aufrechterhalten; es soll ein parlamentarisches Zeichen gesetzt werden, dass in diese Richtung etwas bewegt werden muss, wenn nicht unmittelbar über eine zukünftige Änderung der Maturitäts-Anerkennungsverordnung, dann sicher auf anderem Wege. Ich denke, dass bei einer weiteren Revision der Maturitäts-Anerkennungsverordnung auch diese Frage aufgegriffen werden muss. Aber um ein parlamentarisches Zeichen des politischen Willens zu setzen, dass hier doch gewissen Innovationen, gewissen Neuerungen, Raum zu geben sei – auf welchem Weg auch immer –, möchte ich darum bitten, dass man das Postulat überweist und den verbindlichen Auftrag, zumindest bis im Frühjahr 1996, aufrechterhält, bis entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Das Postulat kann dann im Rahmen des Geschäftsberichtes immer noch abgeschrieben werden, wenn die Praxis tatsächlich zeigt, dass ihm Rechnung getragen worden ist.

Überwiesen – Transmis

94.3399

Interpellation Iten Andreas

**Subventionierung der
Primarlehrerausbildung nach
dem Hochschulförderungsgesetz**

**Formation des enseignants primaires.
Subventionnement sur la base
de la loi sur l'aide aux universités**

Wortlaut der Interpellation vom 4. Oktober 1994

Nach einer Notiz im Info-Blatt (Nr. 5/94) der Schweizerischen Hochschulkonferenz wollen einige Hochschulkantone die Ausbildung der Lehrkräfte für den Kindergarten und die Primarstufe neu an der Universität ansiedeln. Diese Vorhaben stehen u. a. in Zusammenhang mit der künftigen Neustrukturierung des nichtakademischen tertiären Bildungsbereichs durch die Schaffung der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschulen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat sich bereits in Zusammenhang mit der Stellungnahme zu den von der Erziehungsdirektorenkonferenz in die Vernehmlassung geschickten «Thesen zur Entwicklung Pädagogischer Hochschulen» mit diesen Plänen auseinandergesetzt.

Mit der geplanten Ausbildung der Lehrkräfte des Kindergartens und der Primarstufe an der Universität würden diese Ausbildungsgänge neu über das Hochschulförderungsgesetz durch den Bund subventioniert. Da eine derartige Ausweitung der Bundessubventionierung nicht angestrebt wird, entstehen künftig komplexe Ausscheidungsverfahren, welche mit grosser Wahrscheinlichkeit zu unerwünschten Auseinandersetzungen führen können (Studenten-, Personal-, Sach- und Finanzstatistik, Grund- und Investitionsbeiträge des Bundes u. a. m.).

Aus der Sicht der Nichthochschulkantone, der übrigen Hochschulkantone und des Bundes ist aus ordnungs- und finanzpolitischen Gründen eine derartige Ausweitung der Hochschulförderung abzulehnen. Staatspolitisch ist es zudem nicht erwünscht, dass alle Lehrkräfte des Kindergartens und der Primarstufe an den Universitäten der Hochschulkantone und nicht wie bisher dezentral unter der Verantwortung aller Kantone ausgebildet werden.

1. Welche Vorkehrungen unternimmt der Bundesrat, um eine derartige Ausweitung der Hochschulförderung des Bundes zu unterbinden?
2. Gibt es weitere Immatrikulationsbedingungen, welche zu einer Verzerrung der Hochschulförderung des Bundes führen? Wenn ja, was wird dagegen unternommen?

Texte de l'interpellation du 4 octobre 1994

Selon un article publié dans Info-CUS (N° 5/94) de la Conférence universitaire suisse, quelques cantons dotés d'une université veulent confier à cette dernière la formation des enseignants du jardin d'enfants et du niveau primaire. Ces projets sont liés notamment à la future restructuration du secteur de formation tertiaire non universitaire, du fait de la création de hautes écoles spécialisées et de hautes écoles pédagogiques. La Conférence universitaire suisse a déjà examiné cette idée à l'occasion de la consultation organisée par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique sur les «Thèses relatives au développement de hautes écoles pédagogiques».

Ce projet de formation à l'université des enseignants du jardin d'enfants et du niveau primaire aurait pour conséquence que ces filières de formation seraient subventionnées par la Confédération en vertu de la loi sur l'aide aux universités. Comme une telle extension du subventionnement fédéral n'est pas prévue, il en résulterait une procédure de répartition complexe, qui pourrait engendrer très vraisemblablement des conflits pénibles (statistique des étudiants,

Postulat Onken Berufsmaturität und Hochschulreife

Postulat Onken Maturité professionnelle et accès a l'université

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.3023
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.06.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	515-516
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 958

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.